



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 1. Oktober 2013  
(OR. en)**

**18020/13**

**CORDROGUE 139  
COEST 417**

**VERMERK**

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Delegationen
Nr. Vordok.:	14182/13 + COR 1
Betr.:	Drogenaktionsplan EU-Zentralasien (2014-2020)

Die Delegationen erhalten in der Anlage den Drogenaktionsplan EU-Zentralasien für den Zeitraum 2014–2020, der im Rahmen des Dialogs über Drogen in der Sitzung EU-Zentralasien (auf höherer Ebene) am 12. November 2013 bestätigt wurde.

**I. Einleitung**

Die EU und die zentralasiatischen Länder messen Maßnahmen zur Drogenbekämpfung und zur Lösung drogenbezogener Probleme große Bedeutung bei. Die EU und die zentralasiatischen Länder haben ein gemeinsames Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit, um gegen gemeinsame Bedrohungen und Sicherheitsrisiken vorzugehen. Zunehmender Drogenhandel und zunehmender Drogenmissbrauch sowie noch nicht vollständig modernisierte Strafverfolgungs- und Justizmethoden wurden als wesentliche Sicherheitsbedrohungen für die zentralasiatischen Länder ermittelt. Der Abzug der ISAF-Schutztruppe aus Afghanistan könnte zu einem Anstieg der illegalen und unkontrollierten Drogenströme führen. Zu den größten Herausforderungen, die in Angriff genommen werden sollten, gehören Strategien zur wirksamen Verringerung der Drogennachfrage und des Drogenangebots sowie die Bekämpfung der illegalen Drogenzufuhr aus Afghanistan. Auch die Modernisierung der justiziellen Systeme im Hinblick auf den Umgang mit Drogenfragen ist unerlässlich, um dem gesamten Spektrum dieser Herausforderungen wirksamer zu begegnen.

Der erste Drogenaktionsplan der EU und der zentralasiatischen Republiken wurde im Jahre 2002 angenommen und der zweite Drogenaktionsplan EU-Zentralasien schloss sich für die Jahre 2009 bis 2013 daran an. Der dritte Aktionsplan wird den Zeitraum 214-2020 umfassen.

Dieser aktualisierte Aktionsplan spiegelt die Prioritäten für die Zusammenarbeit wieder, die in dem am 25. Juni 2012 angenommenen dritten Fortschrittsbericht über die Umsetzung der EU-Strategie für Zentralasien – Überprüfung der Umsetzung und Grundzüge der künftigen Ausrichtungen – bestätigt wurden; in diesem Bericht wird zu einer Verstärkung der Umsetzung des Drogenaktionsplans EU-Zentralasien aufgerufen.

Mit dem EU-Ansatz für das auswärtige Handeln im Bereich der Drogenbekämpfung sollen die Bemühungen von Drittländern zur Bewältigung der Herausforderungen in Bezug auf Gesundheitswesen, Sicherheit und Gefahrenabwehr weiter gestärkt und unterstützt werden. Gemäß der EU-Drogenstrategie für 2013-2020, die vom Rat im Dezember 2012 angenommen wurde, beruhen die Außenbeziehungen der EU im Bereich der Drogenbekämpfung auf den Grundsätzen der gemeinsamen Verantwortung, des Multilateralismus, eines integrierten, ausgewogenen und fakten-gestützten Ansatzes, der durchgängigen Berücksichtigung der Drogenpolitik im Rahmen der Entwicklungspolitik, der Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde und der Einhaltung internationaler Übereinkommen.

Die EU schlägt vor, den Aktionsplan EU-Zentralasien 2009-2013 für den Zeitraum 2014-2020 gemeinsam zu aktualisieren.

Der Plan steht für die Kontinuität der EU-Politik und das langfristige Engagement gegenüber den zentralasiatischen Partnerländern und soll dazu beitragen, dass die nationalen Strategien zur Verringerung der Drogennachfrage und zur Bekämpfung des Angebots an illegalen Drogen und der damit verbundenen organisierten Kriminalität in diesen Ländern weiter verstärkt werden.

## **II. Gesamtbewertung**

Die EU und die zentralasiatischen Partnerländer haben ein gemeinsames Interesse daran, die Zusammenarbeit zu verbessern, um gemeinsamen Bedrohungen und neuen Sicherheitsrisiken in Zentralasien und in der umfassenderen Region, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungen in Afghanistan, zu begegnen. Die EU hat sich verpflichtet, die zentralasiatischen Partnerländer bei der Bewältigung dieser Herausforderungen in enger Abstimmung mit internationalen Akteuren zu unterstützen und die Sicherheit und Entwicklung dieser Länder zu fördern.

Die Zusammenarbeit EU-Zentralasien bei Drogenfragen zielt darauf ab, ein besseres Verständnis für die Drogensituation auf nationaler und regionaler Ebene zu entwickeln, Erfahrungen und Sachverstand der EU zu nutzen und fundierte faktengestützte politische Entscheidungen zu fördern. Weitere gemeinsame Anstrengungen sollten unternommen werden, um einen "ausgewogenen Ansatz" bei nationalen Drogenstrategien in allen zentralasiatischen Ländern voranzutreiben; bestehende nationale Drogenstrategien und die zugehörigen Durchführungsmaßnahmen und -praktiken könnten bessere Ergebnisse zeitigen, wenn mehr zielorientierte Maßnahmen, die auf spezielle Sachverhalte und Gruppen abstellen, durchgeführt würden. Eine weitere Modernisierung der justiziellen Systeme im Hinblick auf den Umgang mit Drogenproblemen ist unerlässlich, um dem gesamten Problemspektrum wirksamer zu begegnen. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, sind moderne Konzepte im Hinblick auf Grenzmanagementsysteme und grenzüberschreitende Zusammenarbeit erforderlich, die auch zur Stabilität und zur wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Ländern und auf regionaler Ebene beitragen würden.

Die früheren Aktionspläne haben Folgendes erleichtert:

- Schaffung eines Systems zur regelmäßigen Überwachung der Drogensituation,
- Einführung moderner Methoden zur Behandlung von Drogensucht und zur Rehabilitation im Rahmen des öffentlichen Gesundheits- bzw. des Strafvollzugssystems und ganz allgemein
- Sensibilisierung der Bevölkerung und an diese gerichtete Drogensuchtprävention.

Mit Unterstützung von EU- Hilfsprogrammen und -Fachkompetenz haben die zentralasiatischen Länder bereits damit begonnen, Methoden der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD), wie z.B. gemeinsame Bewertungsmissionen, Informationskarten, einen nationalen Aktionsplan für das Drogeninformationssystem, Übersichten über die Landessituation, Erstellung nationaler Berichte auf gemeinsamer Grundlage, zu übernehmen. Es wurden gemeinsame Anstrengungen von den zentralasiatischen Regierungen und der EU unternommen, um Sichtbarkeit und Nutzung dieser nationalen Berichte zu fördern.

Wichtig ist ferner die Berücksichtigung der Struktur und der Funktionsweise der einzelnen Staaten, ihrer Wahrnehmung und Einstellungen zu Drogenkonsum und Drogenkonsumenten und der etwaigen Folgen für die Entwicklung moderner Behandlungsmöglichkeiten und Maßnahmen zur Reduzierung von Gesundheitsrisiken sowie der sozialen und kulturellen Unterschiede zwischen der EU und den zentralasiatischen Ländern und ihrer möglichen Auswirkungen auf Präventions- und Aufklärungsstrategien.

Die Ausarbeitung effizienter Strategien und Maßnahmen, die zu dauerhaften Ergebnissen führen, ist ein gemeinsames Anliegen. Der Mangel an staatlichen Ressourcen für Maßnahmen zur Reduzierung der Drogennachfrage, insbesondere im Bereich der Behandlung und der Rehabilitation von Drogensüchtigen, sowie die ordnungsgemäße Datenerfassung, die Aufklärung über das Drogenproblem, die wirksame Reduzierung des Drogenangebots, die Bekämpfung der illegalen Drogenzufuhr aus Afghanistan sowie die Modernisierung der justiziellen Systeme im Hinblick auf die Befassung mit Drogenfragen sind anhaltende Herausforderungen. Der Kapazitätsaufbau ist wichtig, reicht aber häufig nicht aus, um institutionelle Unterstützung und institutionellen Aufbau zu gewährleisten, insbesondere wenn die soziale Dimension und die Dimension der öffentlichen Gesundheit, die mit dem Drogenproblem einhergehen, nicht dieselbe Aufmerksamkeit erfahren wie die Reduzierung des Drogenangebots. Der Zugang zu relevanten aktuellen Informationen ist unerlässlich, um die Bedürfnisse zu ermitteln, um bessere Strategien zu entwickeln und um angemessen reagieren zu können; dies wiederum ermöglicht es, Informationen zu erlangen, die als Material für die Analyse der Entwicklung von Bedürfnissen und Reaktionen nützlich sind.

Die EU lädt die zentralasiatischen Partnerländer ein, regelmäßige Arbeitskontakte zu einem breiten Spektrum von Akteuren zu unterhalten – auch mit der Zivilgesellschaft und mit Partnerinstitutionen auf nationaler und regionaler Ebene –, um zu einer nachhaltigen Verbesserung der nationalen Drogenstrategien und ihrer Wirksamkeit beizutragen.

Die regionale Dimension des Aktionsplans ist im Hinblick auf den Erfahrungsaustausch und die Bewertung der einschlägigen Fortschritte ganz wichtig; sie bietet allen beteiligten Ländern Anreize, entsprechend ihren ermittelten Bedürfnissen und Prioritäten vorzugehen. Was die bilaterale Zusammenarbeit betrifft, so gibt es zwar positive Beispiele, aber es ist auch weiterhin eine unzureichende grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit und Kommunikation zu beobachten. Generell ist die regionale Zusammenarbeit nach wie vor zu schwach.

Die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen internationalen Organisationen und Gebern müsste verbessert werden, um Ressourcen und Arbeit zusammen mit den zentralasiatischen Partnerländern zu bündeln, so dass gemeinsam messbare Erfolge erzielt werden können.

Es sollte eingeräumt werden, dass es den internationalen Partnern und der Gebergemeinschaft noch nicht vollständig gelungen ist, die zentralasiatischen Regierungen dabei zu unterstützen, eigenständige, nachhaltige, effiziente und effektive Institutionen aufzubauen, die das Drogenproblem wirksam in Angriff nehmen. Der aktualisierte Aktionsplan EU-Zentralasien zielt darauf ab, die zentralasiatischen Partner dabei zu unterstützen, auf die sich verändernden politischen und sicherheitsrelevanten Zusammenhänge bei der Drogenbekämpfung zu reagieren und ihre Reformanstrengungen voranzubringen. Die in den früheren Drogenaktionsplänen vorgesehenen Grundsätze für die Zusammenarbeit gelten auch weiterhin:

1. Eigenverantwortung: die Aktionen sollten in die eigenen Strategien der Partnerländer integriert werden;
2. koordinierte Vorgehensweise: unter Federführung der zentralasiatischen Länder im Zusammenwirken mit Gebern und durchführenden Stellen, damit Kohärenz und Komplementarität sichergestellt werden;
3. langfristige Perspektive: von entscheidender Bedeutung für erfolgreichen Institutionenaufbau; ausgerichtet auf Förderung politischer und organisatorischer Reformen, einschließlich Teilhabe an EU-Erfahrungswerten und Transfer bewährter Verfahren;
4. ausgewogene Vorgehensweise in der Drogenpolitik;
5. Kohärenz mit regionalem Ansatz, Harmonisierung der Verfahren und länderübergreifender Zusammenarbeit;

Nachhaltigkeit: Stärkung der Fähigkeit der zentralasiatischen Länder, die Unterhaltungskosten für die im Rahmen der Programme geschaffenen Strukturen und erhaltenen Mittel zu tragen.

6. Einbeziehung aller regionalen Parteien: die regionale Zusammenarbeit wird verstärkt, indem Afghanistan beteiligt wird, vorzugsweise durch Nutzung regionaler Verfahren;

### **III. Künftige Leitlinien**

#### **Verbesserung der Auswirkung des Handelns der EU**

Die Annahme des Drogenaktionsplans EU-Zentralasien (2009-2013) hat zu einer erheblichen Intensivierung der Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Partnerländern geführt. Die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen der EU und den zentralasiatischen Ländern in den vom Aktionsplan erfassten Bereichen wurde in dem im Juni 2012 angenommenen dritten Fortschrittsbericht über die Umsetzung der EU-Strategie für eine verstärkte Partnerschaft mit den zentralasiatischen Ländern hervorgehoben. Die Umsetzung des Drogenaktionsplans EU-Zentralasien ist das gemeinsame Werk der EU-Organe und von Mitgliedstaaten, die zusammen darauf hingewirkt haben, Synergien und Komplementarität zu verstärken und zugleich Doppelarbeit zu vermeiden.

Die EU-Zusammenarbeit folgt der EU-Drogenstrategie, die im Dezember 2012 für den Zeitraum 2013-2020 überarbeitet wurde und stützt sich auf das Völkerrecht, die einschlägigen VN-Übereinkommen – die den internationalen Rechtsrahmen für die Bekämpfung des Phänomens der illegalen Drogen darstellen – sowie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (siehe Anlage).

Zu einer Zeit, in der die Länder der Region das Drogenproblem mit zunehmender Entschlossenheit angehen, sollten die EU-Maßnahmen angepasst werden, um bessere Ergebnisse zu erzielen, und die Anstrengungen auf Bereiche konzentriert werden, in denen die EU und die EU-Mitgliedstaaten durch Unterstützung der einschlägigen nationalen Strategien einen besonderen Mehrwert erzielen können. Mit dem verstärkten Engagement von EU-Mitgliedstaaten gegenüber zentralasiatischen Partnerländern im Hinblick auf die Umsetzung von Maßnahmen der Zusammenarbeit verfolgt die EU das Ziel, ihren Beitrag zu den nationalen Anstrengungen der Partnerländer zu verbessern. Allerdings muss in diesem Bereich noch mehr getan werden, um die Fachkompetenz der EU und die unterschiedlichen konkreten Erfahrungen der EU-Mitgliedstaaten unmittelbar für die Unterstützung von Maßnahmen der EU in der Region zu nutzen.

## Ziele

Der Drogenaktionsplan EU-Zentralasien (2014-2020) bildet den allgemeinen politischen Rahmen für die EU-Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Partnerländern im Drogenbereich, die darauf abzielt, das Wohl der Gesellschaft und des Einzelnen zu schützen und zu verbessern, die öffentliche Gesundheit zu schützen, der Öffentlichkeit ein hohes Sicherheitsniveau zu bieten und einen ausgewogenen, integrierten und faktengestützten Ansatz in Bezug auf das Drogenphänomen im Einklang mit der unlängst angenommenen EU-Drogenstrategie 2013-2020 zu verfolgen.

In diesem Zusammenhang seien die Schlüsselprioritäten hervorgehoben:

- Erzielung einer messbaren Reduzierung der Drogennachfrage und der damit verbundenen drogenbedingten gesundheitlichen und sozialen Risiken und Schäden sowie wirksame Bekämpfung des Drogenhandels;
- Beitrag zur Zerschlagung der illegalen Drogenmärkte und zu einer messbaren Reduzierung der Verfügbarkeit von illegalen Drogen;
- Beitrag zu einer besseren Verbreitung von Überwachungs-, Forschungs- und Evaluierungsergebnissen und zu einem besseren Verständnis aller Aspekte des Drogenphänomens und der Auswirkungen von Interventionen, damit eine solide und umfassende Faktengrundlage für Politiken und Aktionen geschaffen wird;
- Förderung von Koordination durch einen aktiven Diskurs und die Analyse der Entwicklungen und Herausforderungen im Drogenbereich auf EU-Ebene und auf internationaler Ebene;
- weitere Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen der EU und Drittländern sowie internationalen Organisationen zu Drogenfragen.

Der Aktionsplan EU-Zentralasien gibt den inklusiven politischen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen der EU und den zentralasiatischen Partnern vor, der es ermöglicht, das Drogenproblem durch einen ausgewogenen politischen Ansatz so effizient wie möglich, insbesondere durch Entwicklung nationaler Drogenüberwachungssysteme, eine wirksame Strategie zur Reduzierung der Drogennachfrage und Präventionssysteme, gemeinsam anzugehen. Er zielt ferner darauf ab, die schrittweise Annahme von bewährten Vorgehensweisen zur Drogenbekämpfung in der Region/in der regionalen Politik zu erleichtern und somit zur Reduzierung von Drogenproblemen in den zentralasiatischen Ländern und in der umfassenderen Region beizutragen.

Der Aktionsplan hat weiter zum Ziel, die Koordinierung bei der Umsetzung von bilateralen und regionalen EU-Hilfsprogrammen sowie regionale Initiativen zu verstärken und die regionale Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Ländern und der Nachbarregion sowie mit anderen Gebern und spezialisierten Organisationen zu erleichtern.

### **Politikbereiche und bereichsübergreifende Themen: Schlüsselmaßnahmen**

Der aktualisierte Aktionsplan EU-Zentralasien 2014-2020 umfasst zwei Hauptpolitikbereiche und zwei bereichsübergreifende Themen im Einklang mit der EU-Drogenstrategie:

- Verringerung der Drogennachfrage;
- Information über Drogenstrategien und diesbezügliche Forschung und Evaluierung;
- Reduzierung des Drogenangebots;
- Zusammenarbeit in der umfassenderen Region.

In dem Aktionsplan EU-Zentralasien werden die Politikbereiche herausgestellt, in denen eine EU-Zusammenarbeit, die, aufbauend auf eigenen Erfahrungen, einen besonderen Mehrwert darstellt und ergebnisorientiert ist, in Betracht gezogen werden kann; herausgestellt werden ferner die in Aussicht gestellten Ergebnisse, die durch die bestehenden Kooperationsprogramme der EU und von EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Drogenbekämpfung, einschließlich des CADAP, des BOMCA- und des Heroinrouten-Programms, die im Rahmen des Instruments für die Entwicklungszusammenarbeit und des Stabilitätsinstruments finanziert werden, erzielt werden können.

## **IV. Einzelziele**

### **1. Reduzierung der Drogennachfrage**

Der politische Rahmen für die Reduzierung der Drogennachfrage beruht auf Erfahrungen sowie auf einer eingehenden Bewertung der Umsetzung der EU-Drogenstrategie, die zur Festlegung von vorrangigen Maßnahmen im Zeitraum 2013-2020 geführt hat. Die Erfahrungen der EU-Bewerberländer und der östlichen Länder der Europäischen Nachbarschaft sind in diesem Zusammenhang ebenfalls von Bedeutung.



In dem Aktionsplan EU-Zentralasien 2014-2020 wird die Annahme eines ähnlichen integrierten und mehrschichtigen Ansatzes zur Reduzierung der Drogennachfrage vorgeschlagen. Schwerpunkte sind die Förderung des von der EU ausgearbeiteten umfassenden ausgewogenen nationalen Drogenstrategiekonzepts und die Unterstützung der zentralasiatischen Regierungen bei der Aktualisierung der bestehenden Strategien und der Ausarbeitung von umfassenden nationalen Drogenstrategien und von Rechtsvorschriften im Drogenbereich.

Diese nationalen Drogenstrategien sollen darauf abzielen, die letzten Entwicklungen und Erfolge bei der Reduzierung der Drogennachfrage in der EU und ihren Mitgliedstaaten und auch die bewährten internationalen Vorgehensweisen in die folgenden spezifischen Ziele einzubeziehen:

- Beitrag zur Reduzierung des Konsums illegaler Drogen durch umfassende Konzepte: Betrachtung der Drogenabhängigkeit als zu behandelnder Zustand und nicht als Entscheidung zugunsten eines bestimmten Lebensstils und somit Sicherstellung der Interaktion zwischen Drogenpolitik und damit verbundenen anderen Politikbereichen (soziale Angelegenheiten, Bildung, Gesundheit, Entwicklung, Justiz usw.);
- Stärkung faktengestützter Strategien: Prävention und Behandlung sollten auf aktuellsten Informationen, Fakten zu geläufigen Verhaltensweisen sowie Qualität und Art der konsumierten Drogen beruhen; auch neue Herausforderungen sollten Beachtung finden (Entwicklung von Datenverarbeitungsmethoden, die es ermöglichen, frühzeitig Schlussfolgerungen über neue Trends zu ziehen und diesen zügig zu begegnen, z.B. Auftauchen neuer psychoaktiver Substanzen und Missbrauch verschreibungspflichtiger kontrollierter Arzneimittel);
- Sicherstellung der verbesserten Verfügbarkeit, Reichweite und Zugänglichkeit einer wirksamen Antidrogenbehandlung und deren Kombination mit Rehabilitations- und Wiedereingliederungsmaßnahmen. Erwägung der Entwicklung eines umfassenden und multidisziplinären Behandlungssystems mit einem weiten Spektrum integrierter pharmakologischer Interventionen (wie Entgiftung und Opioid-Agonist- und -Antagonist-Erhaltungstherapie) und psychosozialer Interventionen (wie Beratung, kognitive Verhaltenstherapie und soziale Unterstützung) auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse im Hinblick auf den Prozess der Rehabilitation, der Genesung und der sozialen Wiedereingliederung;

- interne und externe Verbesserung der Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren im Hinblick auf eine Verbesserung der Qualität der Maßnahmen zur Reduzierung der Drogennachfrage (Prävention, Schadensreduzierung, Behandlung, Rehabilitation, Wiedereingliederung) auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und bewährter Vorgehensweisen;
- Fokussierung insbesondere auf schutzbedürftige und marginalisierte Gruppen (Jugendliche, Häftlinge, Migranten usw.) in drogenkonsumspezifischen Situationen (Haftanstalten, Arbeitsplatz usw.) und Vermeidung von experimentellem und Freizeit-Drogenkonsum, der zu Problemkonsum wird;
- Verstärkung der Anstrengungen zur Reduzierung der negativen Folgen des Drogenmissbrauchs für Einzelpersonen und die Gesellschaft insgesamt, unter Berücksichtigung nicht nur der Prävention von Infektionskrankheiten, wie HIV, Hepatitis B und C und Tuberkulose, sondern auch aller anderen gesundheitlichen Folgen, wie Überdosis, Arbeits- und Verkehrsunfälle, somatische und psychiatrische Störungen und soziale Folgen, wie z.B. familiäre Probleme, Auswirkungen der Drogenmärkte auf die Gemeinschaften sowie Kriminalität.

Diese Schlüsselmaßnahmen umfassen:

- Einsetzung einer ständigen Arbeitsgruppe mit Vertretern aus zentralasiatischen Ländern, denen Modelle von ausgewogenen Drogenstrategien, Aktionspläne und Rechtsvorschriften betreffend Drogennachfrage und Schadensreduzierung vorgestellt werden;
- Bestandsaufnahme der derzeitigen nationalen Strategien, Aktionspläne und nationalen Rechtsvorschriften zur Drogenbekämpfung;
- Bereitstellung von Unterstützung bei der Abfassung und Änderung der nationalen Strategien und der damit zusammenhängenden Rechtsvorschriften im Drogenbereich, insbesondere im Hinblick auf die Reduzierung der Drogennachfrage;
- Bereitstellung von Unterstützung bei der Abfassung und Änderung der nationalen Strategien und der damit zusammenhängenden Rechtsvorschriften im Drogenbereich, einschließlich des Austauschs von bewährten Vorgehensweisen und Qualitätsstandards bei Prävention, Aufdeckung, Risiko- und Schadensreduzierung, sozialer Wiedereingliederung und Genesung;
- Aktionspläne und Programme der Regierungen zur Reduzierung der Drogennachfrage, die angemessene Ressourcen auf der Grundlage eines umfassenden Ansatzes zur Reduzierung des Drogenmissbrauchs vorsehen, insbesondere gemäß den "Grundsätzen für die Behandlung der Drogenabhängigkeit" des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, die 2009 vom UNODC und der WHO ausgearbeitet wurden, des Gemeinsamen Programms von UNODC/WHO betreffend die Behandlung von Drogenabhängigkeit und die diesbezügliche Pflege (2009) und die Behandlungsqualitätsstandards des UNODC (2013), die auf Zentralasien angewendet werden;

- eine wissenschaftliche Grundlage für Programme zur Reduzierung der Drogennachfrage, die die Voraussetzungen für eine frühzeitige Intervention, eine Behandlung der Drogensucht und eine Rehabilitation umfassen sollten;
- Einrichtung eines offiziellen Netzes von Experten, die mit der Umsetzung der Reduzierung der Drogennachfrage befasst sind, und Bereitstellung einer adäquaten Schulung der betreffenden Bediensteten im Einklang mit den EU-Verfahren;
- ein Programm zur Behandlung der Drogensucht oder vergleichbare Behandlungen, wie z.B. Opiatbehandlung, mit angemessenen Folgemaßnahmen zur Unterstützung bei der sozialen und wirtschaftlichen Wiedereingliederung, damit eine nachhaltige Genesung sichergestellt wird;
- Verstärkung von Programmen für schutzbedürftige Gruppen, einschließlich der Ausweitung der Maßnahmen zur Reduzierung der Drogennachfrage in Haftsituationen.

## **2. Information über Drogenstrategien und diesbezügliche Forschung, Beobachtung und Evaluierung**

Das Hauptziel im Bereich der Information über Drogenstrategien und der diesbezüglichen Forschung, Beobachtung und Evaluierung ist es, zu einem besseren Verständnis aller Aspekte des Drogenphänomens beizutragen.

In dem Aktionsplan EU-Zentralasien 2014-2020 werden Möglichkeiten sondiert, die nationalen Drogenberichte, die von EU-Experten auf wissenschaftlicher Grundlage überarbeitet werden, effizient zu nutzen und die Bereiche zu ermitteln, in denen die Unterstützung internationaler Partner am ehesten erforderlich ist. Die Rolle der EU – insbesondere der CADAP-Experten bei der Evaluierung der nationalen Berichte – wird als unerlässlich für die Bewertung der Qualität der Berichte betrachtet.

Die Unterstützung der nationalen Kontaktstellen ist ein Schlüsselement zur Gewährleistung der Zuverlässigkeit der Daten. Diese Unterstützung wird im neuen Aktionsplan beibehalten.

Der neue Aktionsplan EU-Zentralasien hat folgende wichtige Schwerpunkte:

- Ausarbeitung genauer Beschreibungen der Drogensituation – d.h. Anzahl der Drogenkonsumenten, wichtigste konsumierte Drogen, drogenbedingte Todesfälle, Anzahl der Konsumenten mit drogenbedingten Krankheiten, Beschlagnahme von Drogen, Verfügbarkeit von Drogen, legislative Instrumente und Maßnahmen zur Drogenbekämpfung;

- Ermittlung aufkommender Verhaltensänderungen und Trends, die eine Gefahr in einem frühen Stadium darstellen, damit die Situation besser bewertet und besser darauf reagiert werden kann;
- gemeinsame Nutzung von Daten und bewährten Verfahren bei der Planung und Organisation von Interventionen;
- Bereitstellung von faktengestützten Informationen, die die Entscheidungsträger benötigen, um nationale und regionale Drogenstrategien auszuarbeiten und zu bewerten;
- Erleichterung einer unabhängigen Bewertung, Analyse und Forschung in Bezug auf die wichtigsten Faktoren und Folgen des Drogenkonsums und der Drogenabhängigkeit, die sozialen Kosten und die Wirkung der politischen Reaktionen.

Diese Schlüsselmaßnahmen umfassen:

- wirksame Nutzung von Informationen bei der Politikgestaltung;
- Verbesserung der Wissensinfrastruktur für die Datenerfassung und die Beobachtung der Drogensituation sowie Forschung/Bewertung der Reaktionen, insbesondere in Bezug auf Schlüsselindikatoren für die Reduzierung der Drogennachfrage;
- Verstärkung der Arbeitsqualität der nationalen Drogeninformationsstellen und Einrichtung des Netzes der nationalen Kontaktstellen in allen zentralasiatischen Ländern;
- Einsetzung und Unterstützung der nationalen Kontaktstellen durch weitere Institutionalisierung und durch Kapazitätsaufbau bei diesen Stellen;
- Entwicklung eines mehrjährigen Programms mit den Zielen und Aufgaben der nationalen Kontaktstellen;
- Entwicklung eines Datenerfassungsplans auf der Grundlage von fünf EBDD-Schlüsselindikatoren;
- Unterstützung der Schaffung stärkerer Bindungen zwischen den Regierungsbehörden und alternativen Datenlieferanten auf nationaler Ebene;
- Unterstützung des Austauschs von Informationen und bewährten Verfahren zwischen den nationalen Kontaktstellen oder vergleichbaren Stellen auf regionaler Ebene; Schaffung eines Beobachtungsnetzes für Zentralasien in Anlehnung an das REITOX-Netz (Europäisches Informationsnetz für Drogen und Drogensucht);

- Ad hoc-Teilnahme operativer nationaler Kontaktstellen, sofern sie die wissenschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erfüllen, an der EBDD-REITOX-Woche, sowie ihre Einbindung in das erweiterte REITOX-Netz, das die EU-Mitgliedstaaten, die Bewerber und potenziellen Bewerberländer sowie die Nachbarländer umfasst.

### **3. Reduzierung des Drogenangebots**

Was die Reduzierung des Drogenangebots betrifft, so zielt der Aktionsplan darauf ab, einen ausgewogenen politischen Ansatz in Bezug auf das Drogenproblem sicherzustellen, indem die Reduzierung der Drogennachfrage und die Reduzierung des Drogenangebots mit gleicher Entschlossenheit in Angriff genommen werden. Die Strategien zur Reduzierung des Drogenangebots sollten sich auf wirksame Strafverfolgungsmechanismen und Justizsysteme stützen, indem die Koordination und die Datenerfassung verbessert werden, eine erkenntnisgestützte Strafverfolgung stattfindet und Haftumwandlungssysteme und Haftalternativen, die keine Zwangsmaßnahmen darstellen, wie z.B. Bildungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen, zur Anwendung kommen.

Der neue Aktionsplan EU-Zentralasien sieht Folgendes vor:

Der neue Aktionsplan EU-Zentralasien sieht Folgendes vor:

- messbare Reduzierung der Verfügbarkeit illegaler Drogen durch eine Zerschlagung des illegalen Drogenhandels und der damit verbundenen organisierten Kriminalität;
- Verbesserung der Wirksamkeit des rechtlichen Rahmens für die Drogenbekämpfung, damit ein konsequenter Ansatz in Bezug auf die Straftäter gewährleistet wird;
- Verstärkung der Kapazität der zuständigen Strafverfolgungsbehörden und ihrer Koordination untereinander, auch in Bezug auf bewährte Verfahren, grenzüberschreitenden Informationsaustausch und Anwendung wirksamer integrierter Grenzverwaltungsmethoden;
- Zerschlagung der organisierten Kriminalität unter effizienter Nutzung des Strafjustizsystems, der wirksamen erkenntnisgestützten Strafverfolgung und der verstärkten gemeinsamen Nutzung von Erkenntnissen.

Zu den Schlüsselmaßnahmen gehören

- stärkere politische Bewertung und Analyse im Hinblick auf ein besseres Verständnis der Drogenmärkte und der damit verbundenen Kriminalität sowie Fokussierung auf die organisierte grenzüberschreitende Drogenkriminalität großen Maßstabs zur Verbesserung der Wirksamkeit der Bekämpfungsmaßnahmen auf Ebene der Strafverfolgung;

- Erhaltung eines Gleichgewichts zwischen den Maßnahmen der Grenzbehörden und den grenzüberschreitenden Sicherheitsmaßnahmen sowie zwischen den Strafverfolgungsmechanismen und dem Justizsystem, damit wirksame und nachhaltige Ergebnisse erzielt werden, insbesondere hinsichtlich illegal erworbener Vermögenswerte, der Korruption und der Geldwäsche;
- Sicherstellung eines effizienten rechtlichen Rahmens und des Kapazitätsaufbaus unter gleichzeitiger Modernisierung des Strafrechtssystems, wobei Verhältnismäßigkeit zu gewährleisten ist und Strategien zur Reduzierung der Drogennachfrage, wie z.B. Haftumwandlung und geeignete Alternativen zu Zwangsmaßnahmen für drogenabhängige Straftäter, entwickelt werden sollen;
- Ermittlung von Maßnahmen für Grenzbehörden und für die grenzüberschreitende Sicherheit zur Umsetzung der Grundsätze des integrierten Grenzmanagements, insbesondere nationale integrierte Grenzverwaltungsstrategien und Aktionspläne, vor allem durch das BOMCA;
- Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen den Grenzbehörden, insbesondere zur Verbesserung der Funktionsweise der Grenzkontrollsysteme, auch in Bezug auf den Handel mit chemischen Grundstoffen;
- Verbesserung der Kapazitäten für effiziente grenzüberschreitende Maßnahmen an den Grenzübergangsstellen (See, Luft, Land), u.a. gemeinsame Drogenfahndung und wirksame Risikoanalysemethoden;
- Bereitstellung von Schulungsmaßnahmen betreffend das Grenzmanagement für das betreffende Personal durch Partnerschaften zwischen einschlägigen zentralasiatischen Bildungseinrichtungen und europäischen Einrichtungen;
- Verbesserung des Dialogs zwischen den Leitern der Strafverfolgungsbehörden der zentralasiatischen Länder, auch in Bezug auf die operative Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels, insbesondere auf der Nordroute;
- Verstärkung der regionalen und transregionalen Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung und Koordinierung der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des illegalen Drogenhandels in der Region, auch mit Bestimmungsländern in der EU und, soweit wie möglich, mit den zuständigen Stellen der EU.

#### 4. Umfassendere regionale Zusammenarbeit

Um alle Aspekte des Drogenphänomens bekämpfen zu können, ist eine sehr viel engere regionale Zusammenarbeit erforderlich. Das Ziel der EU-Drogenstrategie im Bereich der internationalen Zusammenarbeit besteht darin, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der EU und Drittländern sowie internationalen Organisationen über Drogenfragen in umfassender und ausgewogener Weise weiter zu stärken. Die Außenbeziehungen der EU im Bereich der Drogenbekämpfung beruhen auf den Grundsätzen der gemeinsamen Verantwortung, des Multilateralismus, eines integrierten, ausgewogenen und faktengestützten Ansatzes, der durchgängigen Berücksichtigung der Drogenpolitik im Rahmen der Entwicklungspolitik, der Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde und der Einhaltung internationaler Übereinkommen.

Mit dem Aktionsplan EU-Zentralasien sollen die gemeinsamen Herausforderungen im Zusammenhang mit Drogen wie verstärkter Drogenkonsum und damit verbundene Schäden sowie Drogenhandel angegangen werden. Für die EU stellt daher die Förderung des Dialogs und der regionalen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Bekämpfung dieser Bedrohungen ein wichtiges Ziel dar. Durch eine dynamische regionale Strategie zur Bekämpfung des Drogenphänomens, die auf einer Vertiefung des bilateralen politischen Dialogs zwischen den fünf zentralasiatischen Hauptstädten basiert, könnte in erheblichem Maße zur Stabilisierung in Zentralasien und der umfassenderen Region beigetragen werden.

In dieser Hinsicht fordert die EU die zentralasiatischen Länder auf, den auf der Konferenz in Istanbul im November 2011 initiierten Prozess "Im Herzen Asiens" zu unterstützen, der darauf gerichtet ist, die regionalpolitische und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und seinen Nachbarländern zu fördern.

Diese Schlüsselmaßnahmen umfassen:

- Gewährleistung eines nachhaltigen Politikdialogs und Informationsaustauschs über Strategien, Ziele und Initiativen auf regionaler und umfassenderer Ebene, einschließlich Afghanistans, und Austausch bewährter Verfahren der EU im Bereich der Nachfrage- und der Angebotsreduzierung;
- Weiterentwicklung der positiven Schritte, die bereits unternommen wurden, um die grenzüberschreitenden Tätigkeiten zur Aus- und Fortbildung und zum Kapazitätsaufbau in den vom Aktionsplan erfassten Bereichen zu verstärken;
- Stärkung der regionalen Mechanismen zur effektiven Nutzung der Instrumente und Methoden, die im Rahmen der Zusammenarbeit im Justiz- und Strafverfolgungsbereich (z.B. gemeinsame Ermittlungen, Erstellung von Risikoprofilen, Aktionen von Zolldiensten und internen Stellen), auch über die Nutzung regionaler Plattformen;

- Stärkung der regionalen Kapazitäten zur Umsetzung der Grundsätze des integrierten Grenzmanagements und bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Strafverfolgung, um den illegalen Drogenhandel und die illegale Einwanderung zu bekämpfen;
- intensiverer Austausch von erkenntnisgestützten Informationen und Förderung der Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden in der EU und Zentralasien, einschließlich des CARICC (Regionales Informations- und Koordinierungszentrum für Zentralasien) und der bilateralen Zusammenarbeit, sowie ferner Erkundung der Möglichkeiten zur Organisation gemeinsamer Aktionen zwischen den zentralasiatischen Stellen zur Strafverfolgung von Drogendelikten und den entsprechenden Stellen in Afghanistan;
- Erkundung der Möglichkeiten für Aktionen mit internationalen Akteuren, einschließlich der OSZE, den VN und anderen vor Ort tätigen Organisationen, bei der Unterstützung von gemeinsamen Schulungsmaßnahmen und sonstigen Aktivitäten, unter Beteiligung von Vertretern aus Zentralasien und Afghanistan;
- Entwicklung von Synergien zwischen den Unterstützungsprogrammen für Zentralasien und jenen für Afghanistan und Gewährleistung einer verbesserten Koordinierung der EU-Programme, die beidseits der zentralasiatischen Grenzen und der afghanischen Grenze durchgeführt werden;
- Ausbau des Dialogs und der regionalen Koordinierung auf dem Gebiet des Grenzmanagements zwischen den zentralasiatischen Staaten, darunter auch zwischen den Strafverfolgungsbehörden, in Abstimmung mit den einschlägigen regionalen und internationalen Akteuren, auch durch Nutzung regionaler Initiativen wie der Initiative für Grenzsicherheit in Zentralasien und der Initiative "Im Herzen Asiens";
- aufbauend auf den positiven Schritten, die im Zusammenhang mit dem CADAP bereits unternommen wurden, sollte das Folgeprogramm – CADAP 6 – zu einer stärkeren Koordinierung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Tätigkeiten zur Reduzierung der Drogennachfrage beitragen.



## 5. Schlussfolgerungen

Die zentralasiatischen Partner haben zugesagt, die Ziele des Aktionsplans zu verwirklichen, dessen Umsetzung zu unterstützen und aktiv an den zentralen Maßnahmen des Aktionsplans unter Einsatz der erforderlichen personellen, administrativen, finanziellen und sonstigen Ressourcen teilzunehmen und so die Partnerschaft mit der EU zu vertiefen.

Die Umsetzung des Aktionsplans wird im Wege eines regelmäßigen Dialogs über Drogen zwischen der EU und den zentralasiatischen Ländern überwacht werden; eine Arbeitsgruppe auf Expertenebene zu Fragen der Drogennachfrage wird hierbei unterstützend tätig werden und die erzielten Fortschritte erörtern.

Die Unterstützungsprogramme der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten der EU werden zu den Maßnahmen im Rahmen dieses Aktionsplans beitragen und mit ihnen abgestimmt. Die Abstimmung der geplanten Aktivitäten mit anderen Gebern in der Region ist ebenfalls von wesentlicher Bedeutung.

Die Fortschritte bei der Umsetzung des Drogenaktionsplans (2014-2020) sollten 2017 auf einem hochrangigen Treffen zwischen der EU und Zentralasien einer Halbzeitüberprüfung unterzogen werden.

Anlage:

Wichtigste maßgebliche Bezugsgrundlagen für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Zentralasien zur Behandlung des Drogenproblems im Einklang mit den Verpflichtungen der einzelnen zentralasiatischen Partner:

- die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und den zentralasiatischen Staaten;
- die 2007 angenommene EU-Zentralasien-Strategie für eine neue Partnerschaft;
- der vom Rat (Auswärtige Angelegenheiten) der EU am 25. Juni 2012 angenommene Fortschrittsbericht über die Umsetzung der EU-Strategie für Zentralasien, der eine Überprüfung der Umsetzung und die Grundzüge der künftigen Ausrichtungen umfasst;
- die Grundsätze, die auf der Sondertagung der VN-Generalversammlung über Drogen vom Juni 1998 angenommen wurden, darunter der Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung, sowie die Politische Erklärung und der Aktionsplan zur internationalen Zusammenarbeit im Hinblick auf eine integrierte und ausgewogene Strategie zur Bekämpfung des Weltrogenproblems, die beide auf dem hochrangigen Treffen der VN-Suchtstoffkommission am 12. März 2009 angenommen wurden;
- die Dubliner Erklärung "Partnerschaft im Kampf gegen HIV/AIDS in Europa und Zentralasien" vom Februar 2004;
- die Gemeinsame Erklärung, die von den Teilnehmern des EU-Zentralasien-Ministerforums zu Sicherheits Herausforderungen am 18. September 2008 in Paris angenommen wurde;
- die Partnerschaftserklärung der am 21./22. Oktober 2008 in Duschanbe veranstalteten Ministerkonferenz zu Grenzmanagement und Drogenbekämpfung;
- der vom Rat (Justiz und Inneres) der Europäischen Union am 3. Juni 2010 angenommene Europäische Pakt zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels – Unterbrechung der Kokain- und Heroinrouten;
- die auf der Afghanistan-Konferenz von Istanbul am 2. November 2011 angenommene Abschlusserklärung des Prozesses von Istanbul über regionale Sicherheit und Zusammenarbeit für ein sicheres und stabiles Afghanistan;
- die Wiener Erklärung der Dritten Ministerkonferenz der Partner des Pariser Pakts über die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Opiaten aus Afghanistan vom 16. Februar 2012;

- die Ministererklärung der Konferenz der Initiative für Grenzsicherheit in Zentralasien vom 17. April 2012 in Wien;
  - die von den zentralasiatischen Republiken angenommenen nationalen Drogenbekämpfungsstrategien;
  - die Empfehlung des Rates zur Prävention und Reduzierung von Gesundheitsschäden im Zusammenhang mit der Drogenabhängigkeit;
  - die Drogenstrategie der Europäischen Union (2013-2020) und der Drogenaktionsplan (2013-2016) der EU.
-